

2362/J XXII. GP

Eingelangt am 30.11.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend der Umsetzung der zwischen Europäischen Union (EU) und Welthandelsorganisation (WTO) geschlossenen Vereinbarung, mit so genannten Zwangslizenzen die Generika-Produktion für Entwicklungsländer im Kampf gegen Seuchen wie Aids oder Malaria zu ermöglichen.

Im Kampf gegen Seuchen wie Aids oder Malaria in der Dritten Welt will die EU-Kommission den betroffenen Ländern den Zugang zu billigen Medikamenten erleichtern. Das Instrument dafür sind so genannte Zwangslizenzen, die es ermöglichen, patentgeschützte Arzneimittel für ein bestimmtes Entwicklungsland legal zu kopieren. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde Ende Oktober in Brüssel von Handelskommissar Pascal Lamy vorgelegt, die Zustimmung der Ratsmitglieder steht noch aus.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie den oben genannten Entwurf?
2. Sind Sie für dessen Umsetzung?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Wenn ja, wie nutzen Sie Ihre Möglichkeiten, um die Umsetzung zu verwirklichen?
5. Haben Sie innerhalb Österreichs mit den VertreterInnen der Pharmaindustrie über die Konsequenzen dieses möglichen neuen EU-Gesetzes gesprochen bzw. welche Haltung vertreten Sie gegenüber dieser Interessensgruppe?